

Internationale Studierende ohne Stipendien geraten in Not und brauchen dringend Unterstützung

– Aussetzung der Studiengebühren notwendige Maßnahme!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

COVID19/SARS-CoV-2 verändern unser aller Leben derzeit massiv. Wir begrüßen die Schritte der Landesregierung zum Umgang mit dieser Situation und zur Unterstützung vieler in Not geratener Gruppen und Erwerbstätigen. Wir möchten Sie in diesem Zuge auf die besondere Vulnerabilität einer bislang möglicherweise übersehenen Gruppe hinweisen und um Hilfe für diese bitten.

Durch die COVID19/SARS-CoV-2 Krise geraten viele internationale Studierende momentan in existentielle Notlagen, da 80 % von ihnen kein Stipendium erhalten und sich ihren Lebensunterhalt (Essen, Mieten, Versicherung, Bücher und weiterer Studierbedarf) durch Jobs selbst verdienen. Diese Arbeitsmöglichkeiten, die in hohem Maße z.B. in der Industrie, Gastronomie oder bei Messen angesiedelt sind, gehen nun verloren, sodass der dringend notwendige Verdienst wegfällt.

Besonders betroffen sind Studierende ohne Stipendium aus afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern, deren Eltern selbst unter Maßnahmen gegen COVID19/SARS-CoV-2 leiden und sie in dieser Krise finanziell nicht unterstützen können.

Als Nicht-EU-Studierende haben sie in Baden-Württemberg nicht nur die Kosten für ihren Lebensunterhalt aufzubringen, sondern auch die für die Studiengebühren. Dies ist eine zusätzliche finanzielle Belastung von 250 Euro im Monat, die voraussichtlich zu Studienabbrüchen führen wird und weitere schwerwiegende Folgen für die betroffenen Studierenden mit sich bringt.

Deswegen müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden, um den ausländischen Studierenden in dieser existenziellen Notlage zu helfen, die gut funktionierende Solidarität und unbürokratische Hilfe innerhalb Deutschlands und Baden-Württembergs auch auf Gäste, denen gegenüber wir eine Fürsorgepflicht haben, anzuwenden und die Internationalisierung der Hochschulen nicht zu gefährden.

Die Unterzeichner*innen bitten daher die Landesregierung, Maßnahmen zu ergreifen, die kurzfristig helfen können, die Notlage der Studierenden zu lindern und den Fortbestand ihres Studiums zu sichern.

Wir bitten eindringlich die Landesregierung prioritär folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Die Landesregierung setzt die Studiengebühren in Höhe von 1500 Euro pro Semester aus, die die Nicht-EU-Studierenden monatlich mit 250 Euro zusätzlich belasten. Dies möge für die Dauer der Einschränkungen durch Corona geschehen. Schon jetzt ist absehbar, dass es im Sommersemester 2020 als Folge der Coronakrise erhebliche Behinderungen von Forschung, Lehre und Studium geben wird – Lehrveranstaltungen, Forschungsreisen und Fachtagungen fallen aus, Bibliotheken, Archive und Labore schließen, Praktika, Jobs und

Kinderbetreuungsangebote fallen weg. Hinzu kommt, dass die Hochschulen nicht auf eine flächendeckende Umstellung ihrer Lehre auf ein Fernstudium eingestellt sind. Wir bitten die Landesregierung, mit sofortiger Wirkung die Studiengebühren solange auszusetzen wie Hochschulen und internationale Studierende mit Corona und den Folgen zu kämpfen haben.

2. Die Landesregierung möge Studierenden, die aufgrund wegfallender Jobs in Not geraten, unbürokratisch Hilfe aus einem Studienfonds gewähren. Dafür müssen zusätzlich die Mittel der Notfonds der Hochschulen aufgestockt werden.
3. Die Landesregierung setzt den sog. "Finanzierungsnachweis" der ausländischen Studierenden gegenüber den Ausländerbehörden aus und erteilt Verlängerungen von Aufenthaltsgenehmigungen schnell und unbürokratisch. Hierzu sollte eine bundesweit einheitliche Regelung gefunden werden. Die Landesregierung möge in diesem Zusammenhang die Ausländerbehörden anweisen, das kommende eingeschränkte oder evtl. ausgefallene Semester nicht auf die Aufenthaltsdauer im Aufenthaltsrecht anzurechnen.
4. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg möge zentral weitere Infos für internationale Studierende auf seinen Seiten in Englisch und Deutsch bereitstellen, etwa zum Wohngeld und zu Jobs in der Landwirtschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Doro Moritz	Angelika Weber	Claudia Duppel	Prof. Dr. Regina Birner	Nadia Galina
Landesvorsitzende	STUBE Leitung	Geschäftsführerin	Hans-Ruthenberg-Institut	Referentin für Hochschulpolitik

